Jahrestage der Münchner Stadtgeschichte

15. November

Jubiläen

Bonn * Die Deutsche Bundespost ihr erstes Tastentelefon ein. Der Fernsprechtischapparat FeTAp 751 ersetzt in westdeutschen Haushalten nach und nach das Wählscheibentelefon. Die Rufnummer lässt sich nun über Tasten eingeben. Für einen monatlichen Aufpreis von 3,30 D-Mark bietet die Bundespost das Gerät zur Miete an. Zur Auswahl stehen unter anderem Farngrün, Hellrotorange, Beige und Weinrot.

Weitere Ereignisse

Frankfurt am Main * König Otto IV., ein Sohn Heinrichs des Löwen, bestätigt Herzog Ludwig I., dem Kelheimer, und dessen Erben das Herzogtum Bayern. Die Urkunde sichert die erbliche Stellung der Wittelsbacher als baierische Herzöge und stärkt damit ihre Herrschaft.

München * Herzog Wilhelm IV. erlässt das „Baierische Landgebot gegen die Wiedertäufer“. Es ordnet für Angehörige der Täuferbewegung die Todesstrafe an. Damit verschärft die herzogliche Regierung die religiöse Verfolgung in Bayern.

Tübingen * Philipp Apian stirbt in Tübingen. Der Mathematiker, Arzt, Kartograf und Heraldiker zählt zu den bedeutenden Gelehrten seiner Zeit. Mit seiner Vermessung Bayerns und den daraus hervorgehenden „Bairischen Landtafeln“ prägt er die kartografische Darstellung des Landes nachhaltig.

Rom - München * Der Theatinergeneral Pietro Paolo Nobilioni übermittelt Kurfürstin Henriette Adelaide eine lang ersehnte Nachricht: Das Verfahren zur Heiligsprechung Kajetans von Thiene, eines Mitbegründers des Theatinerordens, ist abgeschlossen. Ausdrücklich würdigt er ihre Unterstützung: „Der Fall Ihrer so herbeigesehnten Heiligsprechung ist abgeschlossen und Sie haben viel dazu beigetragen.“ Die Nachricht unterstreicht die enge Verbindung der Kurfürstin zum Theatinerorden. Mit der Münchner Theatinerkirche, die dem heiligen Kajetan geweiht werden soll, erhält dessen Verehrung zugleich einen repräsentativen Ort in der bayerischen Residenzstadt.

Pressburg * Kaiser Leopold II. wird in Pressburg, dem heutigen Bratislava, zum König von Ungarn gekrönt. Die Zeremonie findet im Martinsdom statt, der traditionellen Krönungskirche der ungarischen Könige.

© Rudolf Hartbrunner 2026 – Seite 1

Jahrestage der Münchner Stadtgeschichte

15. November 1817 – Die Bogenhausener Sternwarte nimmt ihren Betrieb auf

Bogenhausen * Die neue Sternwarte nimmt ihren Betrieb auf. Ihre Errichtung kostet knapp 50.000 Gulden. Damit erhält die astronomische Forschung einen eigenen Standort vor den damaligen Toren Münchens.

Landshut - München * Nach ihrer Verlegung von Landshut nach München wird die Ludwig-Maximilians-Universität an ihrem neuen Standort feierlich eröffnet. König Ludwig I. will mit dem Umzug Wissenschaft und Bildung in seiner Residenzstadt stärken. Die Hochschule findet zunächst im ehemaligen Jesuitenkolleg an der Neuhauser Straße Unterkunft. St. Michael dient als Universitätskirche, die Karmelitenkirche am Promenadeplatz als Aula.

15. November 1833 – Philipp Jakob Siebenpfeiffer flieht aus der Haft

Landau/Pfalz * Der Jurist und Publizist Philipp Jakob Siebenpfeiffer, einer der Wortführer des Hambacher Festes, entkommt aus dem Gefängnis in Landau. Er flieht in die Schweiz und entzieht sich damit der weiteren politischen Verfolgung.

München * Prinz Ludwig, der spätere König Ludwig II., erhält den neu eingeführten Titel „Erbprinz“. Dieser bezeichnet den ältesten Sohn des bayerischen Kronprinzen. Ludwigs Vater Maximilian, der spätere König Max II., steht zu diesem Zeitpunkt an erster Stelle der Thronfolge.

München-Ludwigsvorstadt * Der Eisenbahnbetrieb beginnt am neuen Standort auf dem Gelände der bisherigen Schießstätte vor dem Karlstor. Die Gleise werden vom alten Bahnhof auf dem Marsfeld bis hierher verlängert. Zunächst dienen behelfsmäßige Räume und das Gebäude der Schießstätte der Abfertigung der Reisenden. Der bisherige Holzbahnhof ist am 4. April einem Brand zum Opfer gefallen. Den dauerhaften Neubau entwirft Friedrich Bürklein, ein Schüler Friedrich von Gärtners. Bis 1849 entsteht ein repräsentatives Bahnhofsgebäude im Rundbogenstil, das die Anforderungen des Eisenbahnverkehrs mit dem architektonischen Anspruch der Residenzstadt verbindet. Die Schützengesellschaft weicht auf die Theresienhöhe aus.

München-Kreuzviertel * Der Verein zur Ausbildung der Gewerke wird gegründet. Den Vorsitz übernimmt der Architekt August von Voit. In seiner Rede fordert er, die deutsche Kunst von der Nachahmung ausländischer Vorbilder zu lösen. Besonders kritisiert er die Orientierung an der französischen Kunstindustrie. Als gestalterische Grundlage sollen stattdessen die Formen des „romanischen und germanischen Styles“ dienen. Mit diesem Rückgriff auf mittelalterliche Kunsttraditionen verbindet Voit ein nationales Anliegen: Der Verein soll auch „an der Einheit des Vaterlandes“ mitwirken. Handwerkliche Ausbildung, künstlerische Erneuerung und das Streben nach deutscher Einheit werden so miteinander verknüpft.

Jahrestage der Münchner Stadtgeschichte

München-Maxvorstadt * Das Athenäum, die Vorläufereinrichtung des späteren Maximilianeums, bezieht eine provisorische Unterkunft in einem Mietshaus an der Oberen Amalienstraße 72 nahe der Universität. Zunächst nimmt es sechs Zöglinge auf. Die Einrichtung trägt die Bezeichnung „Vorschule eines Erziehungsinstituts für den höheren Staatsdienst“. Jährlich sollen drei weitere Zöglinge hinzukommen. Da im Staatshaushalt und in den bestehenden Studienfonds die notwendigen Mittel fehlen, finanziert König Max II. das Vorhaben aus seiner Kabinettskasse. Eine Bewilligung durch das Parlament will er dafür nicht einholen. Erst 1857 erhält die Einrichtung nach ihrem Stifter den Namen „Königliches Maximilianeum“.

München - Berlin * Reichskanzler Otto von Bismarck erhält aus München Nachricht über die psychische Erkrankung des bayerischen Prinzen Otto, des jüngeren Bruders König Ludwigs II..

Ab 15. November 1884 – Die Berliner Kongo-Konferenz beginnt ohne afrikanische Beteiligung

Berlin * Reichskanzler Otto von Bismarck eröffnet im Reichskanzlerpalais die sogenannte Kongo-Konferenz. Vertreter von 14 Staaten, darunter die europäischen Großmächte, die USA und das Osmanische Reich, beraten über Handelsinteressen und die Anerkennung kolonialer Gebietsansprüche in Afrika. Afrikanische Herrscher und Gesellschaften sind nicht vertreten. Die bis zum 26. Februar 1885 tagende Konferenz vereinbart Handelsfreiheit im Kongobecken und freie Schifffahrt auf Kongo und Niger. Ihre Generalakte legt außerdem Regeln für die Anmeldung und tatsächliche Durchsetzung neuer kolonialer Herrschaftsansprüche fest. Die beteiligten Mächte wollen damit Konflikte untereinander begrenzen; die Selbstbestimmung der afrikanischen Bevölkerung bleibt unberücksichtigt. Die Vereinbarungen beschleunigen die koloniale Expansion und verschärfen Ausbeutung und Unterdrückung. Die meisten Grenzen der späteren Kolonien entstehen jedoch erst anschließend durch gesonderte Verhandlungen und gewaltsame Eroberungen. In etwas mehr als zwei Jahrzehnten waren über zehn Millionen Quadratmeilen afrikanischen Bodens und mindestens einhundert Millionen Afrikaner unter europäische Herrschaft gelangt. Um die Besetzung der restlichen Gebiete und der abschließenden Abgrenzung der Besitzstände geht es auf dieser Konferenz. Das Ergebnis sind die wie mit dem Lineal gezogene Demarkationslinien, wobei die Grenzen oft quer durch die Lebensräume einheimischer Ethnien verlaufen. Afrika wird als herrenloses Land definiert, das nunmehr als Kronland und Eigentum europäischer Staaten an Kolonialgesellschaften, Konzessionäre und Siedler vergeben werden kann. Damit folgt die schrittweise Verdrängung der Eingeborenen aus ihren Wohn- und Lebensgebieten bis hin zur Eingrenzung in Reservate. Zu dieser Konferenz ist kein einziger afrikanischer Vertreter eingeladen worden und die Souveränitätsrechte der betroffenen Staaten werden schlicht ignoriert. Wozu auch, es geht doch den europäischen Mächten um so hehre Ziele wie den Zivilisationsauftrag und die Verbesserung der „sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“.

München - Tegernsee * Herzog Max in Bayern stirbt in München. Seine letzte Ruhestätte findet er in der herzoglichen Familiengruft von Schloss Tegernsee.

Jahrestage der Münchner Stadtgeschichte

München-Au - Zittau * Karl Valentin und seine Mutter Maria Johanna Fey melden sich in München ab und ziehen nach Zittau in Sachsen, der Heimatstadt der Mutter. Zuvor müssen sie das väterliche Möbeltransportgeschäft „Falk & Fey“ und das Anwesen in der Au verkaufen. Nach dem Tod des Vaters 1902 führen beide den Betrieb gemeinsam weiter, geraten damit jedoch zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Von Zittau aus versucht Valentin, mit seinem selbst gebauten „Lebenden Orchestrion“ als Musikkomiker Fuß zu fassen. Der Apparat vereint zahlreiche Instrumente, die er während seiner Darbietung bedient. Die Tournee führt ihn unter anderem nach Leipzig, Halle und Berlin.

Ab 15. November 1906 – Geweihausstellung unter Luitpolds Schirmherrschaft auf der Kohleninsel

München-Isarvorstadt * Im Ausstellungspavillon an der Ludwigsbrücke beginnt die Erste Bayerische Geweihausstellung. Sie steht unter der Schirmherrschaft von Prinzregent Luitpold und dauert bis zum 30. November. Das Publikum kann die Ausstellung täglich von 9 Uhr morgens bis zum Einbruch der Dunkelheit besuchen. Für die Veranstaltung gestaltet Ludwig Hohlwein ein Werbeplakat.

15. November 1918: 1 München - Freistaat Bayern * Die provisorische Regierung regelt durch eine Verordnung, wer künftig die bisher dem König persönlich vorbehaltenen Entscheidungen trifft. Befugnisse, die ihm Verfassung, Gesetze und Verordnungen zuweisen, gehen auf die jeweils zuständigen Minister über. Diese erlassen die entsprechenden Entscheidungen und Verfügungen innerhalb ihrer Geschäftsbereiche. Damit schafft die Regierung eine rechtliche Grundlage, um die Staatsgeschäfte nach dem Ende der Monarchie fortzuführen.

München-Kreuzviertel * Der Ministerrat lehnt Versuche von Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats ab, die laufende Amtsführung der Minister zu überwachen. Eine solche Kontrolle sei „unzulässig und undurchführbar“. Zur Begründung heißt es, es sei unmöglich, „einen Gendarm neben sich zu haben“. Eine regelmäßige Unterrichtung der Räte über wichtige Angelegenheiten hält die Regierung dagegen für sinnvoll und erstrebenswert. Damit beansprucht sie eigenständige Entscheidungsbefugnisse, ohne den Informationsaustausch mit den Räten abzubrechen.

München - Freistaat Bayern * Innenminister Erhard Auer erläutert den nachgeordneten Regierungsstellen und Behörden, wie sie mit den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten zusammenarbeiten sollen. Er empfiehlt dringend, die Räte zur Unterstützung der Verwaltung heranzuziehen, insbesondere bei Personalmangel. Ihre Mitarbeit soll sie zugleich in konkrete Aufgaben einbinden und das Verantwortungsgefühl in der Bevölkerung stärken. Eigenständige Entscheidungsbefugnisse will Auer den Räten jedoch nicht zugestehen. Sie sollen den Behörden untergeordnet bleiben und innerhalb der bestehenden Verwaltungsstrukturen mitwirken.

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner hält vor dem Provisorischen Nationalrat seine erste

Jahrestage der Münchner Stadtgeschichte

Regierungserklärung. Er betont, noch nie habe eine Regierung ihr Amt unter schwierigeren Bedingungen übernommen. Den neuen Volksstaat sieht er durch ein „fluchwürdiges Erbe“ belastet, das mit dem Zusammenbruch der bisherigen Ordnung keineswegs beseitigt sei. Damit rückt Eisner die schweren Folgen von Krieg und monarchischer Herrschaft in den Mittelpunkt seiner politischen Bestandsaufnahme.

München * In seinem Regierungsprogramm für den Volksstaat Bayern fordert Ministerpräsident Kurt Eisner eine rasche und umfassende Demokratisierung. Sein Ziel ist eine „nicht nur formelle, sondern lebendig tätige Demokratie“, die sowohl das öffentliche Denken als auch die staatlichen Einrichtungen verändert. Dieser Wandel soll bereits vor dem Zusammentritt einer verfassunggebenden Nationalversammlung vorankommen. Deren Einberufung kündigt Eisner so bald wie möglich nach Abschluss der notwendigen Vorarbeiten an.

München-Kreuzviertel * In seiner Regierungserklärung beschreibt Ministerpräsident Kurt Eisner die Räte als Grundlage einer umfassenden Demokratisierung. Noch vor der Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung sollen sich das öffentliche Denken und die staatlichen Einrichtungen demokratisch erneuern. Als eine Art Nebenparlament sollen die Räte gesellschaftliche Interessen gegenüber Regierung und provisorischer Volksvertretung zur Geltung bringen. Eisner will dabei auch bürgerliche Kreise für die Mitarbeit am neuen Staat gewinnen. Die Räte sollen parlamentarische Wahlen ergänzen und die Bevölkerung dauerhaft zur politischen Mitwirkung befähigen. Sein Ziel ist eine Demokratie, die über den Wahlakt hinausreicht: Das Rätesystem soll „den Wähler lesen, denken und entscheiden lehren, nicht in acht Tagen vor der Wahl, sondern tagaus, tagein“.

15. November 1918 – Eisners Regierungsprogramm verbindet Religionsfreiheit mit Schulreformen

München * Die Regierung des Volksstaates Bayern veröffentlicht die Kundgebung „An das bayerische Volk“. Der maßgeblich von Ministerpräsident Kurt Eisner geprägte Aufruf wird als Regierungsprogramm verstanden. Seine Bestandsaufnahme und die angekündigten Maßnahmen finden auch in Teilen der bürgerlichen Presse Zustimmung. Die Regierung gewährleistet den Religionsgemeinschaften die freie Ausübung ihres Glaubens. Zugleich fordert Eisner für die Schule dieselbe Freiheit wie für die Kirche. Ein neues Volksschulgesetz soll eine fachliche Schulaufsicht einführen und die bisherige geistliche Aufsicht ablösen. Damit kündigt sich eine deutliche Begrenzung des kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen an. Der politische Umbruch wirft darüber hinaus Fragen nach staatlichen Zahlungen an die Kirchen, ihrer steuerlichen Behandlung und ihrem öffentlich-rechtlichen Status auf. Auch die Mitwirkung des Staates bei der Besetzung von Bischofsstühlen und Pfarrstellen steht zur Debatte.

München * In seinem Regierungsprogramm verlangt Ministerpräsident Kurt Eisner, „dass die Selbstbestimmung Bayerns innerhalb des Ganzen erhalten und gesichert werden muss“. Er strebt eine föderale Staatenvereinigung an, die „Vereinigten Staaten von Deutschland“, der auch Deutschösterreich angehören soll. Voraussetzung ist für Eisner eine Neugliederung des Deutschen Reichs, die die Vorherrschaft eines einzelnen Staates ausschließt. Bayerns Freiheit und

Jahrestage der Münchner Stadtgeschichte

Eigenständigkeit sollen innerhalb dieser gemeinsamen Ordnung gewahrt bleiben.

München * In seinem Programm für die Bayerische Republik spricht sich Ministerpräsident Kurt Eisner gegen eine sofortige Sozialisierung der Wirtschaft aus. Angesichts der wirtschaftlichen Not erklärt er: „Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist.“ Vorrang haben für ihn die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse und die Stärkung des Vertrauens in seine Regierung.

München-Haidhausen * Ein Erlass des Gesamtministeriums überträgt die bisher dem König vorbehaltenen Befugnisse auf die zuständigen Ministerien. Für die Stiftung Maximilianeum übernimmt damit das Kultusministerium die bisherigen königlichen Rechte. Das Übergangsgesetz vom 28. März 1919 bestätigt diese allgemeine Übertragung. Die Regelung weicht von der Stiftungsurkunde ab: König Max II. sieht in deren § 28 vor, dass Protektorat und Schutzherrlichkeit unter den dort bestimmten Voraussetzungen an die Universität München übergehen. Dennoch erheben weder die Universität noch Vorstand und Kuratorium der Stiftung Einwände gegen die Übernahme durch das Ministerium.

München-Maxvorstadt * An der Universität wird über die Gründung eines Allgemeinen Studentenausschusses beraten. Das geplante Gremium soll die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Münchner Studentenschaft bündeln und gegenüber der Hochschule vertreten.

München - Freistaat Bayern * Die Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals und der Bayerische Beamten- und Lehrerbund verlangen von der Regierung, bei sämtlichen Ministerien Angestelltenbeiräte einzurichten. Damit fordern sie eine organisierte Vertretung der Beschäftigten gegenüber den Ministerien.

15. November 1918 – Die BVP erkennt die neue politische Lage in Bayern als Tatsache an

München * Die Bayerische Volkspartei (BVP) bezeichnet die durch die Revolution geschaffenen politischen Verhältnisse als „gegebene geschichtliche Tatsache“. Damit stellt sie sich auf den Umbruch vom 7. auf den 8. November ein. Ein ausdrückliches Bekenntnis zur republikanischen Staatsform enthält diese Formulierung jedoch nicht.

München * Fritz Gerlich gründet den Verband der Beamten der wissenschaftlichen Anstalten und Kunstsammlungen Bayerns. Mit dem Zusammenschluss will er verhindern, dass Ministerpräsident Kurt Eisner politische Günstlinge in diesen Einrichtungen unterbringt. Die Verbandsgründung dient damit auch der Abwehr befürchteter parteipolitisch motivierter Personalentscheidungen.

Jahrestage der Münchner Stadtgeschichte

München - Vatikan * Der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., verfasst zwei zusammenfassende Berichte an Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri. Die Ursachen der Revolution sieht er vor allem in der militärischen Niederlage: im Kriegseintritt der USA, im Zusammenbruch Österreich-Ungarns und in der Kriegsmüdigkeit der deutschen Soldaten. Zugleich kritisiert er die Zurückweisung der päpstlichen Friedensinitiative vom August 1917 durch die militärische Führung. Ministerpräsident Kurt Eisner begegnet Pacelli mit scharfer Ablehnung. Seine Beschreibung verbindet antisozialistische Feindbilder mit antisemitischen Zuschreibungen; unter anderem bezeichnet er Eisner als „galizischen Juden“. Diese Herkunftsangabe ist falsch: Eisner stammt aus Berlin. Pacelli berichtet außerdem, dass sich das bayerische Diplomatische Corps nach dem Umsturz in der Nuntiatur versammelt und darauf verständigt habe, jede Anerkennung der neuen Regierung zu vermeiden.

München-Bogenhausen * Thomas Mann liest die Aufrufe zweier konkurrierender Räte geistiger Arbeiter und hält seine Verärgerung im Tagebuch fest. Besonders scharf verurteilt er die Erklärung der Gruppe um seinen Bruder Heinrich, den Vorsitzenden des Politischen Rates geistiger Arbeiter. Deren Kundgebung nennt er „empörend hochnäsig, fanatisch-politisch und ketzerrichterisch“. Die Veröffentlichung rege ihn sehr auf. Sein Eintrag zeigt, wie tief die politischen Gegensätze zwischen den Brüdern auch nach der Revolution reichen.

Schloss Bückeburg * Fürst Adolf II. zu Schaumburg-Lippe erklärt seinen Thronverzicht. Damit endet die Monarchie im Fürstentum Schaumburg-Lippe.

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten beruft den liberalen Staatsrechtler Hugo Preuß zum Staatssekretär des Reichsamts des Innern. Er soll den Entwurf einer neuen Verfassung für die Republik ausarbeiten. Damit überträgt die sozialdemokratisch geführte Regierung einem liberalen Fachmann eine zentrale Aufgabe beim Aufbau der neuen Staatsordnung.

Berlin * Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften schließen ein weitreichendes Abkommen über ihre künftige Zusammenarbeit. Als Verhandlungsführer unterzeichnen der Industrielle Hugo Stinnes und Carl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Freien Gewerkschaften. Die Arbeitgeber erkennen die Gewerkschaften als berufene Interessenvertretung der Arbeiterschaft an. Löhne und Arbeitsbedingungen sollen künftig durch Tarifverträge zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften geregelt werden. Damit erhält die organisierte Arbeiterschaft eine anerkannte Rolle bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse.

München-Lehel * Das Café Prinzregent wird geschlossen. Es zählt zu den schönsten und vornehmsten Kaffeehäusern

Jahrestage der Münchner Stadtgeschichte

Münchens. Seine bisherigen Gasträume werden für die Nutzung als Bank umgebaut.

15. November 1923 – Die Rentenmark leitet das Ende der Hyperinflation ein

Berlin - Deutsches Reich * Die Deutsche Rentenbank beginnt mit der Ausgabe der Rentenmark. Eine Rentenmark entspricht einer Billion Papiermark. Das neue Zahlungsmittel gewinnt rasch Vertrauen und trägt entscheidend zur Stabilisierung der Währung bei. Zusammen mit einer Begrenzung der Geldschöpfung und der Sanierung der Staatsfinanzen gelingt es, die Hyperinflation zu überwinden.

15. November 1923 – Karl Valentin und Liesl Karlstadt beginnen ihr Wiener Gastspiel

Wien * Karl Valentin und Liesl Karlstadt treten im „Chat Noir“ in der Mariahilfer Straße auf. Ihr Gastspiel dauert einen Monat und endet am 15. Dezember.

Unterhaching * Ohne Zeremoniell wird der Bau der Reichsautobahn München - Salzburg begonnen.

15. November 1934 – Attentat auf Pater Rupert Mayer in Pasing verfehlt sein Ziel

Pasing * Während der Predigt in der Pasinger Kirche Maria Schutz wird auf Pater Rupert Mayer ein Attentat verübt, das jedoch sein Ziel verfehlt.

15. November 1938 – Karl Valentin fragt nach der Gage einer Amazone

Grünwald-Geiselgasteig * Karl Valentin spielt in Ulrich Kaysers Film „München“ eine kurze Szene zur „Nacht der Amazonen“. Das Fest selbst findet bereits am 30. Juli im Nymphenburger Schlosspark statt. Die Reichsorganisation „Das Braune Band von Deutschland“ veranstaltet es zur Internationalen Riemer Rennwoche. In Abwandlung seines Dialogs aus dem „Bittsteller“ erhält er auf die Frage: „Sie Herr Festaufseher, was kriegt so a Amazone für eine Nacht?“, die Antwort: „Zwei Mark.“ Darauf folgt Valentins Feststellung „Zwei Mark, fürs ganze Jahr. Da heißt‘s einteilen.“

15. November 1980 – Mehr als 2.000 Menschen demonstrieren gegen den Flughafenbau

München-Maxvorstadt * Auf dem Königsplatz demonstrieren mehr als 2.000 Menschen gegen den Baubeginn des neuen Münchner Flughafens im Erdinger Moos. Die Kundgebung trägt den Protest gegen das Großprojekt in die Landeshauptstadt.

München * Die Staatsanwaltschaft erhebt beim Landgericht München Anklage gegen den Wiesnwirt Sepp Krätz wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung. Die Vorwürfe betreffen sein Oktoberfestzelt „Hippodrom“ und die Gaststätte „Andechser am Dom“. Das Strafverfahren gefährdet auch seine weitere Zulassung als Wiesnwirt.